

SPD beharrt: Stadt soll Häuser kaufen

Mietskandal Martin Rivoir verwarft sich gegen Populismus-Vorwürfe und nennt Vorgehen in Berlin als Vorbild für Ulm.

Ulm. Zustimmung, aber auch Kritik hat die SPD-Gemeinderatsfraktion auf ihren Vorschlag erhalten, die Stadt solle mit ihrer Wohnungsbaugesellschaft UWS das Haus in der Böfinger Staufenbergstraße 30 kaufen. Wie berichtet, hatten die dortigen Wohnungsmieter Ende vergangenen Jahres allesamt Kündigungen erhalten, weil der neue, professionell am Markt agierende Vermieter künftig nur noch WG-Zimmer anbieten und so deutlich höhere Einnahmen erzielen will. Auch in mindestens zwei weiteren Ulmer Wohnhäusern in Lehr und in der Neustadt versucht der aus dem Raum Biberach stammende Mann, langjährige Mieter aus ihren Wohnungen zu verdrängen.



Martin Rivoir: Unser Vorschlag ist nicht populistisch. Foto: Volkmar Könneke

„Unser Vorschlag ist kein Populismus“ sagt SPD-Stadtrat Martin Rivoir, der darauf hinweist, dass er den Kauf der Immobilie durch die UWS für einen marktüblichen, nicht um jeden Preis vorgeschlagen hatte. Der Vorschlag der SPD bedeute schließlich nicht, dass die Stadt jedem Hauseigentümer zu Höchstpreisen jedes Gemäuer abkaufen solle. „Es bleibt dabei: Wir sind der Meinung, dass die UWS verstärkt Häuser im Bestand kaufen muss, um damit auf die Miethöhen in Ulm dämpfend einzuwirken“, so Rivoir in einer Pressemitteilung. Die SPD verweist in diesem Kontext auch auf den Berliner Senat, der gemeinsam mit betroffenen Mietern Wohnungen aus dem privaten Bestand aufgekauft und rekommunalisiert habe. „Was in Berlin als probates Mittel gegen Mietpreiserhöhungen gesehen wird, soll in Ulm Populismus sein?“ fragt sich Rivoir.

Kritik an Verwaltung

Die SPD habe in den vergangenen Jahren auch keineswegs die Entwicklungen auf dem Wohnungsmarkt verschlafen, sondern immer wieder darauf hingewiesen, dass mehr gebaut werden müsse. Gerade im Zusammenhang der in wenigen Jahren bevorstehenden Inbetriebnahme der ICE-Neubaustrecke von Ulm nach Stuttgart habe man stets betont, dass dies nicht nur Vorteile bringe sondern auch negative Auswirkungen auf den Wohnungsmarkt habe. Fehler sieht Rivoir darin, dass die Verwaltung, sich das Vorkaufrecht für das „Gummi Welz“-Areal oder das ehemalige Brandschutzwerk von Magirus nicht gesichert habe. „Dort hätte man stadtnah lukrative Grundstücke für attraktiven und preiswerten Wohnungsbau entwickeln können.“ cmy

Sechsstellig Gutes tun

Spenden Die Rudolf und Ingeborg Braungardt-Stiftung schüttete 2018 rund 250 000 Euro aus. Das soll auch nach dem plötzlichen Tod des Gründers so bleiben. Von Chirin Kolb

Es ist gerade einmal ein Jahr her, als Rudolf und Ingeborg Braungardt ihre Stiftung vorstellten. Der damals 75-jährige gebürtige Söflinger, der es vom Werkzeugmacher zum erfolgreichen Unternehmer gebracht hatte, und seine Frau sagten: „Es geht uns gut. Wir haben alles, was wir brauchen.“ Mit dem Geld, das sie nicht brauchen wollten sie Projekte und Einrichtungen für Menschen aus der Region unterstützen, die es schwer haben im Leben.

Inzwischen ist vieles anders. Rudolf Braungardt ist im vergangenen Jahr unerwartet verstorben. Nach mehr als 55 Jahren Ehe ist Ingeborg Braungardt plötzlich allein, hat nur noch Terrier Burschi um sich. Eines aber soll sich nicht ändern: Die Braungardt-Stiftung soll weiterhin in großzügigem Umfang Gutes bewirken.

Allein 2018, dem ersten vollen Jahr des Bestehens, hat die Rudolf-und-Ingeborg-Braungardt-Stiftung rund 250 000 Euro ausgeschüttet. Viel Aufhebens haben die Braungardts davon nicht gemacht, beide waren immer zurückhaltend. Häufig flossen fünfstelligen Summen. Die Ulmer Tafel des Roten Kreuzes beispielsweise, bei der Menschen mit Lobby-Card günstig Lebensmittel einkaufen können, erhielt einen mehr als 40 000 Euro teuren Kühl-Lkw für den Transport der Waren. „Demnächst finanzieren wir einen zweiten“, sagt Ingeborg Braungardt.

Die Ulmer Tafel liegt ihr schon lange am Herzen. Seit vielen Jahren unterstützt sie die Tafel – mit Geld, aber auch mit direkter Hilfe. Ingeborg Braungardt kauft

Die Stiftung lebt derzeit zu einem großen Teil von Frau Braungardt.

Jens Gassner
Vorsitzender des Stiftungsrats

selbst Lebensmittel oder Artikel ein, die bei der Tafel Mangelware sind. „Ich frage nach, was gebraucht wird.“ Danach macht sie sich auf in den Supermarkt, vergleicht Angebote, kauft ein oder bestellt, was nötig ist. Rund 300 Euro gibt sie dafür jede Woche aus, sagt Ingeborg Braungardt – und zwar außerhalb der Stiftung, einfach so aus ihrem Geldbeutel.

Mit Spenden möchte die Stiftung den „Wünschewagen“ des ASB Allgäu großzügig unterstützen, der sterbenden Menschen letzte Wünsche erfüllt. Ein Beispiel: „Eine Frau möchte noch einmal die Berge sehen“, erzählt Ingeborg Braungardt. Einer Frau, die bei einem Unfall beide Beine verloren hat, finanzierte die Stiftung den behindertengerechten Neubau eines Hauses. Über die Zeitung, über Bekannte, Medien oder die Mitglieder des Stiftungsrats erfährt sie, wo Not herrscht. Dann wird entschieden, wohin die Spendengelder fließen.



Nach dem Tod ihres Mannes führt Ingeborg Braungardt die Stiftung vor allem mit Jens Gassner, dem Vorsitzenden des Stiftungsrats. Terrier Burschi begleitet sie auf Schritt und Tritt. Foto: Lars Schwerdtfeger

Die Stiftungsgründer legten die Kriterien fest. „Was Dauerhaftes“ sollte ihr Geld bewirken, regional eingesetzt werden, für Menschen, denen es nicht so gut geht. „Nicht jeder ist gleich stark, nicht jeder hat die selben Anlagen mitgekriegt“, hatte es Rudolf Braungardt vor einem Jahr formuliert. Dabei hatten er und seine Frau selbst harte Zeiten erlebt.

Der gebürtige Söflinger hatte nach der Volksschule bei Magirus Werkzeugmacher gelernt. Er machte seinen Meister, arbeitete sich über den zweiten Bildungsweg hoch, wurde Betriebsleiter einer Firma in Allmendingen und gründete schließlich nach der Wende mit einem Partner eine Firma für Formenbau in Sachsen. Sie nannten sie Kobra, nach den Anfangsbuchstaben ihrer Nachnamen. Das Unternehmen entwi-

ckelte sich prächtig, doch der Weg dahin war schwierig, entbehrungsreich, risikobehaftet und vor allem: äußerst arbeitsintensiv.

Als Rudolf Braungardt sich nach Jahren aus der Geschäftsführung zurückzog, kehrte das Ehepaar in die alte Heimat zurück. Die Stiftung wurde zum neuen, großen Projekt.

Allein für das erste Quartal 2019 sind bereits jetzt Spenden von fast 200 000 Euro geplant, sagt der Steuerberater Jens Gassner, der dem Stiftungsrat vorsitzt. Ihm gehören die ehemalige Ulmer Sozialbürgermeisterin Sabine Mayer-Dölle, Stadtrat Karl Faßnacht sowie der für die Finanzen verantwortliche Tobias Eisert an. „Die Stiftung“, sagt Gassner, „lebt derzeit zu einem großen Teil von Frau Braungardt, die

durch Spenden für die Erträge sorgt“.

Der Stiftungsrat lege Wert darauf, nur gemeinnützige Projekte zu unterstützen und nur solche, bei denen die bedachten Einrichtungen auch einen Eigenanteil leisten. „Wir wollen genau wissen: Was steckt dahinter, wie sind die Strukturen, was wird mit dem Geld gemacht“, sagt Gassner.

Frauenhaus wird unterstützt

Zu den Projekten und Einrichtungen, die im laufenden Jahr bedacht werden sollen, gehört der Verein Frauen helfen Frauen. Er ist Träger des Frauenhauses, das noch in diesem Jahr umziehen soll. Nach Jahren am selben Standort hat sich die Adresse herumgesprochen – das Frauenhaus ist nicht mehr sicher. Mit Hilfe der Stadt wurde ein anderes Haus gefunden, das aber erst umgebaut und saniert werden muss. Die Braungardt-Stiftung sorgt dafür, dass der Garten gestaltet und mit Spielgeräten für die Kinder ausgestattet werden kann. 90 000 Euro sind dafür vorgesehen. Für Pflegebetten, die das stationäre Hospiz brauchte, gab die Stiftung rund 45 000 Euro.

Die Projekte gehen nicht aus. Müssen sie auch gar nicht, sagt Ingeborg Braungardt. Für sie ist klar: Sie will weiterhin mit vollem Herzblut hinter ihrer Rudolf-und-Ingeborg-Braungardt-Stiftung stehen.

Neu-Ulm will Mitsprache beim ÖPNV

Nahverkehr OB Gerold Noerenberg kritisiert in einem Schreiben an den Landrat die Direktvergabe für mehrere Buslinien.

Neu-Ulm. In der Diskussion um die mögliche Kreisfreiheit der Stadt Neu-Ulm nimmt die Übernahme der Zuständigkeit im Bereich des ÖPNV eine wichtige Rolle ein. Die Stadt Neu-Ulm will das ÖPNV-Angebot stärker am Bedarf der Doppelstadt Ulm/Neu-Ulm ausrichten. Allerdings liegt die Zuständigkeit derzeit noch beim Landratsamt.

Das hat Ende vergangenen Jahres für die Linien 71, 77, N 5, 85 und 88 eine Direktvergabe vorgenommen. Neu-Ulms Oberbürgermeister Gerold Noerenberg hat sich deshalb schriftlich an Landrat Thorsten Freudenberger gewandt und die Länge der beabsichtigten Laufzeit kritisiert. Im Falle einer Kreisfreiheit der Stadt habe diese dann keine Möglichkeit zu einer „substanziellen Veränderung“.

Darüber hinaus sei in den Vorabinformationen, die im Amtsblatt der Europäischen Union veröffentlicht wurden, versäumt worden, differenzierte ÖPNV-Qualitätsstandards festzulegen. Das hat laut Noerenberg zur Folge, dass auch diesbezüglich über Jahre hinweg kaum ÖPNV-Verbesserungen in Neu-Ulm erreicht werden können. Noerenberg: „Ich hätte es für angemessen gehalten, sämtliche Überlegungen über mögliche Nachfolgeregelungen (...) mit allen Beteiligten abzustimmen.“ eb

Bunk folgt Herrmann

Gremium Im Unterweiler Ortschaftsrat hat es einen Wechsel gegeben.

Unterweiler. Martin Herrmann (48) ist nach 25 Jahren aus dem Ortschaftsrat ausgeschieden. Der Grund: Er hat nun eine Meisterstelle im Baubetriebshof und darf als Angestellter der Stadt Ulm nicht gleichzeitig ein Amt im Ortschaftsrat innehaben. Aufgrund einer Rechtsgrundlage in der Gemeindeordnung Baden-Württemberg können Arbeitnehmer der Stadt nicht gleichzeitig Mitglied im Ortschaftsrat beziehungsweise Gemeinderat sein, erklärt Ortsvorsteher Sascha Erlewein. Er bedankte sich in der Sitzung im Namen der Ortsverwaltung bei Herrmann für dessen persönlichen Einsatz für Unterweiler und „seinen großen Beitrag für die gute Ortsentwicklung“. Max Müller von der SPD-Ortsgruppe dankte Herrmann ebenfalls und überreichte ihm eine Auszeichnung für 25 Jahre ehrenamtliches Engagement bei der SPD. Als Nachrücker im Ortschaftsrat wurde Sebastian Bunk verpflichtet. Der gelernte Industriemechaniker ist 34 Jahre alt. cst

HEUTE VOR EINEM JAHR

Freude und leichte Skepsis herrschte vor einem Jahr bei den Stadträten verschiedener Fraktionen im Ulmer Gemeinderat. Es ging um die Kreditzusage von drei Volks- und Raiffeisenbanken über neun Millionen Euro für das Projekt Orange Campus des Ulmer Basketballs. Mittlerweile ist das Projekt weit gediehen. Die Städte haben ihrerseits ihr Risiko minimiert und im Gegenzug dazu Kredite und Zuschüsse zugesagt, die teilweise auch schon ausbezahlt wurden. Das Projekt ist am Werden. Auf dem Areal des ehemaligen Donaufreibbads sind die Bagger angelaufen, die Arbeiten sind in vollem Gange. Mittlerweile stehen schon erste Betonsäulen.

Hochspringer macht Werbung für Ausstellung

Ulm. Die gruselige Fracht rollte gestern Mittag um 13.15 Uhr auf den Münsterplatz: Zwei Arbeiter entluden den „Hochspringer“ aus der Körperwelten-Ausstellung, die ab Freitag im Ulmer Blautal-Center zu sehen ist. Schaulustige begutachteten neugierig das Exponat aus Gunther von Hagens' Ausstellung, die seit 1995 weltweit durch 25 Länder und 125 Städte in Europa, Südafrika, Amerika und Asien reiste. Vom 1. Februar bis 5. Mai läuft „Eine Herzenssache“ im Blautal-Center. Auf 1200 Quadratmetern werden rund 200 Exponate zu sehen sein, darunter 20 Ganzkörperexponate, die sel-

tene Einblicke in den menschlichen Körper ermöglichen.

Geöffnet ist von Montag bis Mittwoch und Freitag von 9 bis 18 Uhr, samstags, sonntags und feiertags von 10 bis 18 Uhr (Einlass bis 17 Uhr) und donnerstags von 9 bis 20 Uhr (Einlass bis 19 Uhr). Tickets – Erwachsene 19 Euro, für Kinder und Jugendliche von 7 bis 18 Jahren 13 Euro – gibt es an der Kasse und im Internet unter www.koerperwelten.de; Karten mit Abomax-Rabatt kosten 16 Euro, aber nur für den Monat Februar und nur am Schalter der SÜDWEST PRESSE, Frauenstraße 77.



FOTO: REBECCA JACOB

Einsteinhaus Film über Gewalt gegen Frauen

Ulm. Im Rahmen der Ausstellung „Unfassbar – Häusliche Gewalt einmal ganz öffentlich“ kommt am Mittwoch, 30. Januar, der Film „Unter aller Augen“ im Einstein-Haus auf die Leinwand. Filmemacherin Claudia Schmid zeigt darin, dass Gewalt gegen Frauen die noch immer häufigste Menschenrechtsverletzung unserer Zeit ist; sie lässt Opfer solcher Übergriffe zu Wort kommen – aus Asien, Afrika und Europa. Beginn: 20 Uhr, Eintritt 6 Euro (Spende an Frauen helfen Frauen).